



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/18 - 22. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Das Dilemma Warschaus Adenauers Nein zu Polens Freiheit	80
3	Moskau blickt auf Italien Gromyko wirbt für militärische Neutralisierung des Adriaumes	53
4	Herr Schäffer und "Die Machtergreifung" "Durchaus bereit, in eine Regierung Hitler einzutreten"	39
5	Enteignungsmassnahmen Pankows werden durchleuchtet Beweissicherungsgesetz soll Schäden feststellen	50
6-7-8	<u>Zur Dokumentation:</u> Zur Programmdiskussion in der Österreichischen Partei Von Dr. Oscar Pollak, Chefredakteur der Wiener "Arbeiter-Zeitung", Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs	134

* * * * *

Das Dilemma Warschaus

sp- Noch ist das letzte Wort über den Rapacki-Plan, der eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und den Abzug ausländischer Truppen aus diesem Gebiet zum Ziele hat, nicht gesprochen, aber sollte er, noch ehe alles Für und Wider gründlich geprüft wird, in den Schubfächern begraben werden, dann darf Bundeskanzler Adenauer den traurigen Ruhm für sich beanspruchen, zu den Totengräbern dieses Planes zu zählen. In seiner Rundfunkrede hat er die vielleicht beste Idee der Nachkriegszeit mit leichter Hand als für die NATO (ohne dazu von den NATO-Mitgliedern autorisiert zu sein) zerstörend abgetan; mehr noch, er hat zwischen uns und unserem unmittelbaren Nachbarn, Polen, neue Gräben aufgerissen und neue Berge von Misstrauen errichtet. Was soll all das offizielle Gerede über eine Aktivierung der deutschen Ostpolitik, wenn diese nur darin besteht, den Status quo in Europa mit Raketen und Atomwaffen zu untermauern?

Die Idee der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, beide deutsche Teilstaaten, Polen und die Tschechoslowakei umfassend, war der bisher sichtbarste Niederschlag einer zu selbständigen Handlungen sich langsam vortastenden polnischen Aussenpolitik. Wenn man will, ist sie ein spätes Produkt der polnischen Oktoberrevolution und des heroischen Versuches, über die Erringung von innerer Freiheit auch mehr äussere Freiheit zu erlangen. Polen, einst das Volk der politischen Romantiker, beschreitet unter Gomulkas Führung einen schmalen Grad; es wittert die Gefahren eines zu schnellen Vortreibens oder eines Rückfalles in stalinistische Zeiten. Beides würde Polen wieder in tödliche Verstrickungen werfen und die bisher erreichte innere und äussere Unabhängigkeit zunichte machen. Niemand kann heute von Polen als einem "Satelliten" der Sowjetunion sprechen; der es dennoch ausspricht, tut es wider besseres Wissen oder er tut es, um das Polen der Oktoberrevolution wesentlich zu kränken. Die Herren des Kreml respektieren, freilich mehr der Not als eigenen Antrieb gehorchend, diesen Tatbestand, sie achten polnische Empfindlichkeiten und hüten sich, die Fehler Stalins zu begehen. Sie verkehren mit Warschau als der Hauptstadt eines gleichberechtigten, auf seine nationale Würde bedachten Staates.

Der Rapacki-Plan ist der erste ohne äussere Einwirkung erfolgte selbständige Akt der polnischen Aussenpolitik. Man weiss heute, dass Moskau diesem am zweiten Oktober vergangenen Jahres in der UNO erfolgten Vorstoss des polnischen Aussenministers nicht gerade mit Sympathie begegnete. So weit geht der Respekt und die Achtung des Kreml vor der neuen, wenn auch begrenzten Freiheit Polens wiederum nicht, als -2-

dass sie von Misstrauen ganz frei wären. Aber nur Ignoranten konnten die Mär in die Welt setzen, Polen habe lediglich als Strohmann Moskaus behandelt, als es den Gedanken der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in die internationale Diskussion warf. Der Rapacki-Plan entstand, wie selbst die "Zürcher Zeitung" bemerkte, ohne ausdrückliche Zustimmung der Sowjetunion. Die gleiche Zeitung schreibt über die Beweggründe Rapackis:

"Was Warschau zu diesem Vorschlag bewegte, war in erster Linie das Bestreben der polnischen Nation, auf Grund der Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg sowie durch die Wirkung der jahrelang betriebenen eigenen Nachkriegspropaganda die Angst vor einer mit Atomwaffen ausgerüsteten westdeutschen Armee zu beseitigen."

Ein zweites Motiv, von polnischer Seite unausgesprochen, aber deshalb vielleicht umso stärker wirkend, ist Polens Furcht vor russischen Reaktionen. Die Sowjetunion kann unbarmherzig zuschlagen, wenn es um ihre vermeintliche oder wirkliche Sicherheit geht. Das hat die ungarische Tragödie bewiesen. Die Errichtung von Raketenabschussbasen auf dem Boden der Bundesrepublik betrachtet die Sowjetunion als eine gegen sie gerichtete Bedrohung. Bulgariens Briefe machen dies überdeutlich. Auf Polen bezogen heisst dies: Die Verewigung des Aufenthaltes sowjetischer Truppen auf polnischem Gebiet und eine damit verbundene stärkere Abhängigkeit Warschaus von Moskau. Eine unvermeidliche Folge der Verwirklichung des Rapacki-Planes wäre eine sowjetrussische Truppenverminderung in all den Ländern, die von diesem Plan erfasst würden. In einem militärisch gesehen uninteressanten Raum, in dem sich die Gegensätze der Weltmächte nicht mehr direkt berühren, kann die Entfaltung der politischen Freiheit leichter erfolgen, da sie nicht mehr gehemmt wird von dem Druck militärischer Überlegungen. Polens Weg zur grösseren inneren und äusseren Unabhängigkeit wird jedoch belastet durch die Furcht vor einer neuen deutschen Aggression - Moskau spielt sehr geschickt diese Furcht aus - und vor den Folgen russischer Abwehrreaktionen.

Übersieht dies der Bundeskanzler, der doch öffentlich wiederholt sich als Freund des polnischen Volkes bekannte? Die Verwerfung des Rapacki-Planes, der gewiss kein Allheilmittel ist, aber in sich grosse Chancen zur so notwendigen Einstellung des wahnsinnigen Wettrüstens enthält, ist gleichbedeutend mit einem Bekenntnis zum Status quo. Adenauers Nein verhindert nicht nur neue Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung, es ist zugleich auch ein Nein zu Polens Freiheit - ausgesprochen von einem Mann, der sich gern als Galshüter abendländischer Werte loben lässt.

Moskau blickt auf Italien

P.E. - Rom

Mit steigender Aufmerksamkeit verfolgt man in Rom das auffallende Interesse, das Moskau in jüngster Zeit den italienischen Angelegenheiten zuwendet. Beinahe täglich finden sich in der "Pravda" und in den "Iswestija" umfangreiche Berichte der römischen Korrespondenten dieser Blätter, in denen immer wieder behauptet wird, breite Schichten der italienischen Öffentlichkeit lehnten sich stets entschiedener gegen die NATO-Politik der Regierung auf und strebten nach einer Neutralisierung des Landes. Erst kürzlich schrieb die "Pravda", die italienischen Kommunisten sollten mit allen Parteien und Bewegungen gemeinsame Sache machen, die der Sicherung des Friedens positiv gegenüberstehen. Ausdrücklich wurden hierbei Katholiken, Liberale und Sozialdemokraten als mögliche Partner einer solchen Zusammenarbeit genannt.

Erhebliche Sensation aber hat jetzt hier die Tatsache erregt, daß eine Delegation italienischer "Friedenskämpfer" unter Führung des kommunistischen Senators Negarville nach Moskau eingeladen und dort von Außenminister Gromyko empfangen worden ist. Über den Inhalt der sehr langen und ausführlichen Unterredung mit Gromyko gaben die Italiener dann in einer Pressekonferenz in Moskau interessante Aufschlüsse.

Diesem zufolge erklärte Gromyko, eine Beteiligung Italiens an dem von dem polnischen Außenminister Rapacki vorgeschlagenen Abkommen über eine "atomwaffenfreie Zone" könnte für die Sache des Friedens einen großen Fortschritt bedeuten. Auf die Frage eines Delegierten, was denn die Sowjets als Gegenleistung zu bieten hätten, gab Gromyko die reichlich sibyllinische Antwort: "Für eine Konzession eurerseits eine Konzession unsererseits". Er deutete dann die Möglichkeit einer militärischen Neutralisierung des gesamten Adriaums an, ohne auch hier auf konkretere Einzelheiten einzugehen.

Man erklärt sich diese plötzliche Offensive Moskaus mit dem Bestreben der Sowjets, an einem Punkt des NATO-Bündnisses den Hebel anzusetzen, der ihnen als schwach erscheint. Daß aber Italien gezwängt keineswegs einheitlich hinter der offiziellen NATO-Politik der Regierung steht, wird kaum geleugnet werden können. Es ist kein Geheimnis, daß in diesem Punkte innerhalb der christlich-demokratischen Führungsschicht tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen, und daß insbesondere Staatspräsident Gronchi mit dem außenpolitischen Konzept des Palazzo Chigi keineswegs voll einverstanden ist.

Gromyko sprach also nicht nur zu den italienischen "Friedenspartisanen", die ihn in Moskau aufsuchten, sondern seine Worte waren dazu bestimmt, darüber hinaus in ganz anderen römischen Kreisen gehört zu werden. Offenbar erhofft sich Moskau vor seinem neuen Vorstoß eine Stärkung derjenigen politischen Kreise in Italien, die ein Abschwenken der italienischen Politik in die Bahnen des Neutralismus befürworten - und das sind durchaus nicht nur die Kommunisten und Linksozialisten.

Italien steht bereits ganz im Zeichen der in einigen Monaten bevorstehenden Parlamentswahlen, und auch im Hinblick hierauf kommt dem sowjetischen Schachzug, dem vermutlich noch weitere folgen werden, eine gewisse Bedeutung zu.

Herr Schäffer und "Die Machtergreifung"

K.H.- Dem dieser Tage erschienenen Buch "Die Machtergreifung- Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreiches" von Meissner-Wilde (J.G. Cotta'sche Buchhandlung Stuttgart), dem Sohn des früheren Staatssekretärs Otto Meissner, verdanken wir das Wissen, wie sich der seinerzeitige Abgeordnete und Minister der Bayerischen Volkspartei - er vertrat diese Partei von 1920-1930 als Abgeordneter und von 1930-1933 als Leiter des Bayerischen Finanzministeriums - und gegenwärtige Justizminister Fritz Schäffer die letzten Wochen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, als es um Sein oder Nichtsein der Demokratie ging, verhalten hat.

Auf Seite 114 obengenannten Buches lesen wir zum Beispiel, daß Schäffer als Vertreter der BVP - der ebenso wie alle anderen führenden Politiker zu einem Gespräch mit Reichspräsident Hindenburg gebeten worden war -

"im Gegensatz zu den anderen Parteiführern - eine ganz andere Meinung über Hitler und seine NSDAP"

hatte. Und des weiteren heißt es auf der gleichen Seite:

"Gegen eine Kanzlerschaft Hitlers erhebt Schäffer keine prinzipielle Einwendung".

Es besteht durchaus kein Anlaß, den Einfluß der Stellungnahme Schäffers auf die weiteren verhängnisvollen Schritte Hindenburgs zu überschätzen. Der Vater des Autors, der ehemalige Staatssekretär Otto Meissner, die "rechte Hand" Hindenburgs, berichtete aber seinem Sohn, daß Hindenburg über die Auffassungen des bayerischen Ministers sehr betroffen war und als Schäffer dieses bemerkte,

"fügte er schnell erklärend hinzu: 'Über eine Kanzlerschaft Hitlers wäre die Bayerische Volkspartei natürlich nicht sonderlich erfreut.'" (Seite 114)

Auf Seite 178 wird unser Wissen bereichert, daß Herr Schäffer in einer Unterredung mit Papen erklärte,

"er sei durchaus bereit, in eine Regierung Hitler einzutreten."

Selbst wenn man berücksichtigt, daß Herrn Schäffer während der Zeit des Dritten Reiches Schwierigkeiten bereitet wurden, so bleibt die Tatsache bestehen, daß er gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder seiner eigenen Partei bereit war, in eine Regierung Hitler einzutreten.

Enteignungsmassnahmen Pankows werden durchleuchtet

H.K.- Der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge übergab am 17. Januar dem Bundestag und der Bundesregierung einen massgeblich von SPD-Bundestagsabgeordneten ausgearbeiteten Gesetzentwurf, durch den das geschehene Unrecht im Besitzstand der Einwohner der Sowjetzone festgestellt werden soll: Das Beweissicherungs-Gesetz.

Wie bekannt, versuchen die Machthaber der Zonenregierung durch Willkürmassnahmen die Besitz- und Eigentumsverhältnisse in Mitteldeutschland fortdauernd zu Gunsten des "Staates" zu ändern, die Menschen ihres privaten Besitzstandes zu entledigen und dort - wo es ihnen politisch zweckmässig erscheint - die Rechtsgrundlagen aller privaten Besitzverhältnisse auszulöschen. Enteignungen, Beschlagnahmen sind an der Tagesordnung.

Mit dem neuen Gesetzentwurf soll nunmehr die Bundesregierung und der Bundestag aufgefordert werden, alle Eingriffe der Zonenmachthaber in den Besitzstand seit 1945, soweit sie die Landwirtschaft, die Industrie den Handel, das Handwerk, das Gewerbe und auch den Haus- und Grundbesitz verändert haben, beweiskräftig festzuhalten. Hierzu zählen auch die zu Unrecht beschlagnahmten oder gesperrten Vermögenswerte, Sparguthaben, Anteile, Aktien und Haushaltsgegenstände von über 50 DM Wert. Es ist dabei unwesentlich, ob die Schäden durch die Besatzungsmacht oder durch die nachfolgenden Machthaber Pankows verursacht wurden.

Nur der Raub von Bargeld und privaten Kostbarkeiten, Kunstgegenständen und Edelsteinen -soweit diese Dinge nicht einer Sammlung zugehörig waren- fällt nicht unter dieses Gesetz.

Den Geschädigten steht es jedoch frei, ihren Schaden in einem dies bezüglichen zivilrechtlichen Beweissicherungsantrag bei den zuständigen Amtsgerichten anzumelden.

Desgleichen bleiben auch alle Vermögenswerte und -Gegenstände, die in Ausnützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erworben wurden, durch den vorliegenden Gesetzentwurf unberücksichtigt.

Mit der Beweissicherung sollen die Ausgleichsbehörden, die über ein Jahrzehntelange Erfahrung bei der Feststellung von Vertriebenen- und Kriegsschäden verfügen, beauftragt werden.

Das Recht auf Antragstellung steht jedem Geschädigten zu, gleichgültig ob er als Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling anerkannt ist oder nicht. Entscheidend ist nur, dass der angemeldete Schaden in der SBZ entstanden ist. Sollte sich der Geschädigte noch in Kriegsgefangenschaft oder sowjetzonalem Gewahrsam befinden, so sind auch seine nächste Angehörigen (Ehegatte, Kinder und Eltern) antragsberechtigt.

Als Beweismittel gelten für die Antragstellung sowohl die schriftlichen Unterlagen, Urkunden des Geschädigten, mit denen er seine Besitzverhältnisse glaubhaft machen kann, als auch eidliche Zeugenaussagen.

Wie der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge zum Gesetzentwurf ergänzend mitteilte, ist mit der Beweissicherung nicht beabsichtigt, einen sofortigen Schadensausgleich einzuleiten. Dieser bleibt nach Ansicht des Verbandes einer späteren, gesamtdeutschen Regelung vorbehalten. Der Gesetzentwurf soll aber schon jetzt eine Feststellung der durch die Sowjetzonenmachthaber verschuldeten Schäden ermöglichen und damit einen Überblick über das Ausmass der unrechtmässigen Eingriffe gewähren.

Zur Dokumentation:Zur Programmdiskussion in der österreichischen Partei

Von Dr. Oscar Pollak, Chefredakteur der Wiener "Arbeiter-Zeitung", Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs.

Über die Programmdiskussion in der Sozialistischen Partei Österreichs ist seit dem letzten Parteitag auch in der deutschen Presse vieles geschrieben worden, was nicht immer unbedingt den entscheidenden Momenten dieser Diskussion entspricht. Wir veröffentlichen daher einen in der Wiener "Arbeiter-Zeitung" vom 19. Januar 1958 erschienenen Artikel aus der Feder ihres Chefredakteurs Dr. Oscar Pollak, der massgebend an der Diskussion in der österreichischen Partei beteiligt ist. D.Red.

* * *

Die demokratische Diskussion über den Programmentwurf der Sozialistischen Partei ist nun im Gange. Sie wird innerhalb der Sozialistischen Partei in zahllosen Zusammenkünften geführt, in denen ein freier Meinungsaustausch stattfindet. Auch ausserhalb unserer Partei bildet das neue Programm der österreichischen Sozialisten nach wie vor den Gegenstand eines mehr oder weniger freundlichen Interesses.

Dabei wird bei manchen innerhalb der Partei und bei vielen ausserhalb ihrer ein Mißverständnis sichtbar: nämlich bei jenen, die einen sensationellen Wandel, einen Charakterumschwung der Sozialisten erwartet haben und die nun irgendwie, ja herausfordernd meinen, uns drängen zu müssen: Ja, was ist denn mit eurer versprochenen Wandlung?! Ihnen stehen wieder, innerhalb der Partei, diejenigen gegenüber, die eine allzu radikale Revision alter Programmsätze befürchten und mißtrauisch messen, ob die neue Form und Fassung nicht zu weit geht. Kurz: Ihr seid ja immer noch die alten Klassenkämpfer! sagen die einen. Sind wir noch Marxisten? fragen die anderen.

Und die Antwort an beide ist: Ja, wir sind immer noch Sozialisten. Und wir bleiben es.

*

Da ist die Sache mit dem Klassenkampf. Nur Nichtwisser haben immer behauptet, dass die Sozialisten den erfunden haben. Die Sozialisten, die Marxisten haben stets gesagt, dass es Klassenkämpfe in der Geschichte immer gegeben hat: Hier wurde ein Gesetz der geschichtlichen Entwicklung erkannt, nicht "erfunden"!

Aber die Sozialisten haben auch immer gelehrt, dass sich die Klasse - das ist eine durch die gleiche Wirtschaftsweise und Wirtschaftsfunktion bestimmte gesellschaftliche Einheit - niemals ganz mit der Partei, der politischen Gesinnungsgemeinschaft, deckt. Eine Klasse kann politisch durch mehrere Parteien repräsentiert sein; und umgekehrt umfasst und vertritt eine Partei immer auch Angehörige anderer, verschiedener Klassen. Bei ihrer Entstehung, in ihrer Jugend, ist eine Partei sehr häufig stark auf eine Klasse beschränkt: das ist bei den Bauern- oder den Gewerbestandparteien (wie es einmal unsere Christlichsozialen waren) nicht anders als bei den Arbeiterparteien. Im Laufe der Entwicklung erweitert sich der Rahmen der Partei: sie umfasst grössere Teile verschiedener Klassen; dies um so mehr, als die moderne gesellschaftliche Entwicklung dahin führt, dass sich die scharfen Grenzen zwischen den Klassen selber verwischen. Wenn also heute die Sozialistische Partei feststellt, dass sie

22. Januar 1958

von einer engen Klassenpartei zur breiten Massenpartei geworden ist und mit Bewusstsein auf diesem Wege fortschreiten will, so heisst das nicht, dass sie das Bestehen von Klassen leugnet oder vergessen will, dass sie im Kampf der Klassen entstanden ist. Sie drückt nur, entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung selbst, auch in dieser Weise die moderne, gemilderte Form der Klassengegensätze in der Demokratie aus. Sie kämpft nach wie vor für die volle Gleichberechtigung der Arbeitenden.

*

Genau dasselbe gilt von der marxistischen Herkunft der österreichischen Sozialisten. Unser Marxismus hat niemals etwas zu tun gehabt mit jenem Zerrbild, das die Bourgeoisie davon entworfen hat; und ebensowenig mit jener Karikatur, die die Kommunisten daraus gemacht haben. Unser Marxismus, die historische Betrachtung und Erklärung der gesellschaftlichen Entwicklung auf Grund der wirtschaftlichen Umstände, die die Lebensverhältnisse der Menschen und ihre Beziehungen zueinander bestimmen, hat uns vielmehr gelehrt, eben diese Entwicklung, die Veränderungen der Gesellschaft richtig zu erkennen. Wir haben dabei erkannt, dass Marxens Lehren und insbesondere seine Voraussagen auch manchen, aus den Verhältnissen seiner Zeit verständlichen Irrtum enthielten. Wir haben deutlicher erkannt, dass der Mittelpunkt jeder besseren Ordnung der Gesellschaft der Mensch, ihr Ziel die bestmögliche Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in Freiheit und in Gleichberechtigung sein muss. Unser Ziel ist nicht die Verstaatlichung des Menschen, sondern die Vermenschlichung des Staates und der Gesellschaft.

Das unterscheidet den Sozialismus grundlegend von der Entartung der kommunistischen Gewaltherrschaft; das trennt uns grundsätzlich vom Kommunismus. Das trennt uns aber keineswegs von der marxistischen Auffassung der Geschichte, die eine der geistigen Grundlagen - historisch die vorherrschende, aber nicht die einzige - der gesamten Arbeiterbewegung bildet. Wir sind also nach wie vor Sozialisten, und das heisst, ohne Verzerrung und ohne Bruch: Marxisten nach der Herkunft, Humanisten nach dem Ziel.

*

Wir hoffen damit, als einen Beitrag zur Diskussion über das neue Programm, klargemacht zu haben, dass es für uns Sozialisten bei der Revision (das heisst, ganz wörtlich genommen, bei der Wieder-Übersicht) unserer grundsätzlichen Stellung nirgends um ein Verleugnen oder ein Abschwören geht. Das gilt auch für unsere Stellung zur Religion.

Gerade hier werden alle Zeloten enttäuscht werden, die etwa erwarten, uns in der Rolle des besiegten Frankenkönigs zu sehen, dem, wie die Legende erzählt, die Taufe mit den Worten verabreicht wurde: "Beuge dein Haupt, stolzer Sigambrier! Verbrenne, was du angebetet hast, bete an, was du verorant hast!" Die massgebenden Kreise der katholischen Kirche erwarten das auch gewiss nicht; sie sind viel zu klug, um nicht zu wissen, wie wenig Wert derartige "Bekehrungen" in der heutigen Welt hätten. Und die Religionslizitierer von der ÖVP., die, wie sich gezeigt hat, in solchen Dingen päpstlicher als der Papst und klerikaler als die Kirche sein möchten - die sollen uns mit ihren Sticheleien in Ruhe lassen!

22. Januar 1958

P/XIII/18

Sie wollen damit ja nur den von ihnen stets praktizierten politischen Mißbrauch der Religion weiterbetreiben.

Wir Sozialisten haben immer den Standpunkt vertreten, dass Religion, wahrer Gottesglaube, eine Angelegenheit des inneren Menschen ist - und dabei bleiben wir. Jeder Mensch hat in einem modernen Staat das Recht, in diesen Angelegenheiten frei und in dieser Freiheit geschützt zu sein; keiner soll hier einem Zwang oder einer Bevormundung unterworfen werden. Der Staat muss also die Religion als solche, den Glauben als eine Angelegenheit menschlicher Freiheit anerkennen und schützen; er hat hier nichts zu reglementieren - was sich auf dem Gebiet der Religion schon dadurch als unmöglich erweist, dass es mehrere Religionsgemeinschaften oder Kirchen gibt und der Staat nicht zwischen ihnen wählen oder unterscheiden kann. Das ist der Grundgedanke der getrennten Bereiche zwischen Kirche und Staat - und auch dabei bleiben wir.

Wir Sozialisten wollen also diese unsere Grundsätze nicht aufgeben: das weiss die Kirche. Wir möchten sie nur der Öffentlichkeit in einer Form zum Bewusstsein bringen, die das alte, absichtliche Mißverständnis unserer politischen Gegner beseitigt: dass die Sozialisten religionsfeindlich seien. Das ist der Sozialismus nie gewesen; auch nicht in jenen Ländern, wie Österreich, in denen er in seinen Reihen eine Gesinnungsgemeinschaft von Atheisten ebenso zuließ wie Gemeinschaften religiöser Menschen. Die Freidenkerichtung hatte historische Gründe, die hauptsächlich in der Stellung der Kirche zu den fortschrittlichen Bewegungen, auch zur sozialistischen Arbeiterbewegung lagen. Der Wegfall der einen bewirkte den Wegfall der anderen. Auch das ist eine Entwicklung, aus der die sozialistische Bewegung bewusst die Schlussfolgerungen zieht - ohne von ihrem alten Grundsatz der Toleranz abzuweichen.

Trifft sie sich im Zeichen der Toleranz mit der Kirche in den ethischen und humanistischen Zielen - um so besser. Wir wollen uns niemals in Angelegenheiten der Religion mischen - wir hoffen, dass die Kirche es uns überlässt, wie wir für die bessere Ordnung der weltlichen, der gesellschaftlichen Angelegenheiten sorgen wollen. Ein Sozialismus ohne Religionsfeindschaft kann sich sehr gut mit einer Kirche ohne politische Ambitionen vertragen - wenn beide, jeder auf seinem Gebiet, das Wohl des Menschen zum Ziel haben.

Dies ist, wir wiederholen es, ein rein persönlicher Diskussionsbeitrag, ein Versuch, Missverständnisse auf verschiedenen Seiten auszuschalten. Das sozialistische Programm soll ein Ausdruck der geistigen Entwicklung unserer grossen Bewegung sein, die nur die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegelt. Das heisst: wir verändern uns und wir machen uns diese Veränderungen bewusst. Das heisst nicht die eigene Vergangenheit verleugnen oder die eigenen Grundsätze abschwören.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel